

Berliner Tageblatt



Nr. 207

Chefredakteur Theodor Wolff in Berlin.

und Handels-Zeitung

Freitag, 3. Mai 1929

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Verkehrs- und Lichtverbot für Neukölln und Stadtteil Wedding.

Der Polizeipräsident teilt mit: Um die beiden Unruhezentren Wedding und Neukölln, in denen es auch am gestrigen Abend und im Laufe der Nacht wieder zu schweren Zusammenstößen gekommen ist, wieder zu beseitigen, habe ich folgende Massnahmen getroffen:

Von 21 Uhr abends bis 4 Uhr morgens ist jeder Verkehr in den nachstehend bezeichneten Strassen verboten. Ausnahmen gelten nur für Aerzte, Hebammen und Sanitätspersonal. Jedes Herumstehen in den Hausfluren oder Hausnischen, Tor-einfahrten usw. ist verboten.

Die strassenwärts gelegenen Fenster müssen in der angegebenen Zeit geschlossen bleiben. Auch darf in den den strassenwärts gelegenen Räumen während der angegebenen Zeit kein Licht brennen. Zuwerdhandelnde Wohnungsinhaber setzen sich der Gefahr aus, dass die Fenster von der Strasse aus durch die Polizei unter Feuer genommen werden. Die in den genannten Bezirken liegenden Gastwirtschaften werden abends um 9 Uhr geschlossen.

Am Tage dürfen in den in Betracht kommenden Bezirken und den genannten Strassen sowie in den

Hausfluren, Hausnischen, Tor-einfahrten usw. keine Personen stehenbleiben. Die Polizei wird besonders darauf achten, dass sich niemand länger auf der Strasse aufhält, als unbedingt erforderlich ist. Personen, die sich ohne festes Ziel auf der Strasse bewegen, werden festgenommen. Zusammengehen von drei und mehr Personen ist nicht gestattet. Jeder Radfahrerverkehr ist untersagt.

Von diesen Massnahmen werden folgende Bezirke betroffen: 1. Im Bezirk Wedding, der von den nachfolgenden Strassen eingeschlossen ist: Nettelbeckplatz, Fankstrasse bis zur Wiesenstrasse, Wiesenstrasse selbst, Reinickendorfer Strasse zwischen Wiesenstrasse und Nettelbeckplatz. 2. Im Bezirk Neukölln der Raum der Prinz-Handjerystrasse, der eingeschlossen wird, von Boddinstrasse, Boddinplatz, Mahlower Strasse, Leykstrasse, Kopstrasse, Steinmetzstrasse und Berliner Strasse. Ausschliesslich letztgenannter Strasse, einschliesslich aller anderen Strassen.

Alle Personen, welche diese getroffenen Anordnungen nicht befolgen, setzen ihr Leben aufs Spiel.

Heute wieder zwei Todesopfer.

Heute kurz nach Mittag kam es in der Gegend der Handjerystrasse und Hermannstrasse in Neukölln wieder zu Störungen, als die Polizei sich anschickte, die vom Polizeipräsidenten angekündigte Säuberungsaktion vorzunehmen.

Als gegen 11 Uhr wieder einige Schüsse aus den Häusern fielen, gab die Polizei mit Maschinenpistolen Schreckschüsse ab. Der Verkehr in der Gegend stockte zum Teil, die Strassenbahnen stehen still und sind von den Fahrgästen verlassen. Die Polizeibeamten stehen in beiden Strassen längs der Häuserfronten und beobachten die Fenster und Dächer. Vom Kommando der Schutzpolizei wurde aufgefördert, die Fenster zu schliessen, da sonst geschossen würde. Zwei Frauen, die sich an der Steinmetz-, Ecke Kopfstrasse auf dem Balkon zeigten, wurden getroffen und erschossen. Ebenso wurde ein Mann schwer verletzt. In der Gegend um die Handjery- und Hermannstrasse haben die Geschäftsleute ihre Läden geschlossen. Die Schutzpolizei hat Verstärkungen hinzugezogen.

Gegen 2 Uhr gelang es der Polizei, die Menge zu zerstreuen, doch dauerte die Schiesserei weiter an, da nach wie vor von den Häusern auf die Polizei einzeln Schüsse abgegeben und erwidert werden. Einzelne Häuser der Hermannstrasse, besonders Keller, werden zurzeit von der Polizei durchsucht. Sanitätsautos durchfahren die Strassen. Die Polizei ist Herr der Lage.

Nach den Krawallen des gestrigen Abends hat die Polizei nunmehr zu durchgreifenden Vorbeugungsmassnahmen gegriffen. Die Unruhegebiete am Wedding und um die Hermannstrasse in Neukölln wurden von einem grossen Aufgebot von Schutzpolizei besetzt, und die gefährdeten Stadtviertel hermetisch abgesperrt. Die Beamten sind mit Maschinenpistolen ausgerüstet, auch stehen Maschinengewehre und Panzerwagen bereit, um sofort eingreifen zu können, falls die Lage es erfordert. Es ist festgestellt worden, dass es sich gestern abend grösstenteils um junge Burschen handelte, die, von kommunistischen Drahtziehern verleitet, immer wieder neue Zusammenstöße mit der Polizei hervorriefen, und so unter der Bevölkerung eine Atmosphäre der Erregung schafften. Die Polizei ist im Laufe des Vormittags daran gegangen, einzelne Häuserfronten, aus denen gestern geschossen wurde, systematisch nach Waffen zu durchsuchen. Die gestern abend kunstvoll und von schwerkundiger Hand errichteten Barrikaden wurden teilweise heute vormittag wieder entfernt. — Im Laufe des gestrigen Abends wurde, wie bereits gemeldet, eine noch unbekannt Person getötet und siebzehn verletzt, darunter vierzehn schwer. Zwei weitere Personen aus den Unruhen am 1. Mai sind im Laufe der Nacht gestorben. Mit den Opfern der heute mittag neu aufgefommenen Krawalle erhöht sich die Gesamtzahl der Toten auf insgesamt fünfzehn. (Weitere Nachrichten: 1. Beibl. 1. S.)

Die „Rote Fahne“ verboten.

Die „Rote Fahne“ ist vom Berliner Polizeipräsidenten auf drei Wochen verboten worden. Das Verbot ist erfolgt auf Grund der §§ 7 und 21 des Gesetzes zum Schutze der Republik, weil die „Rote Fahne“, die kommunistische Partei Deutschlands in ihrer Bestrebung, die verfassungsmässig festgestellte republikanische Staatsform des Reiches zu untergraben, durch die Tat unterstützt hat.

Der „Amtliche Preussische Pressedienst“ meldet: Die Nachrichten eines Berliner Blattes, wonach heute — Freitag — im preussischen Ministerium des Innern Besprechungen stattgefunden haben, in denen ein Verbot des Roten Frontkämpferbundes oder andere weitgehende Massnahmen zur Beratung standen, sind völlig aus der Luft gegriffen und treffen in keiner Weise zu.

Kanzler Streeruwitz.

Von unserem Korrespondenten Heinrich Eduard Jakob.

Der österreichische Nationalrat wird morgen die durch Seipel Rücktritt nötig gewordene Wahl der neuen Regierung vornehmen. Es ist nach den Parteibedenken zweifellos, dass der Abgeordnete Ernst Streeruwitz zum Bundeskanzler gewählt werden wird. Die Redaktion.

WIEN, 2. Mai.

Weite Kreise der österreichischen Demokratie sind geneigt, in der Übernehmung des Kanzleramtes durch den Abgeordneten Ernst Streeruwitz einen innenpolitischen Fortschritt zu sehen. Streeruwitz ist ein Mann der Wirtschaft. Viele Industrieunternehmungen zählen ihn zu ihrem Berater und Mitarbeiter. Dr. Ignaz Seipel, der eine Doktorarbeit über die nationalökonomischen Auffassungen der Kirchenväter geschrieben hat, basiss eine für einen Theologen gewiss erstaunliche Kenntnis des Wirtschaftslebens und seiner Forderungen; und doch war stets fähig, wie er von den Dingen der Wirtschaft in einer gleichsam übertragenden Art sprach. Wie er nicht aus ihnen und ihren Notwendigkeiten heraus, sondern eher sich an sie herandachte. Sein Kampf gegen die Linke war weniger wirtschaftspolitischer als weltanschaulicher Art. Die Sozialdemokraten waren für ihn gleichsam Heiden und Katharer, und die Idee des Streiks hatte deutlich fühlbar man (es) für Seipel etwas von der „Anbetung eines verbotenen Baumes“. Wenn jetzt das Amt des Kanzlers in die Hände eines Mannes der wirtschaftlichen Praxis übergeht, so dient das zweifellos einer Bereinerung der Lage. Die Unrisslinien werden klarer. Auch die Politik wird praktischer werden.

Was aber wird der Inhalt dieser Politik sein? Man erwartet von einem Kabinett Streeruwitz ein starkes und wirksames Herangehen an das augenblicklich wichtigste aussenpolitische Problem: an die Schaffung der amerikanischen Investitionsanleihe. Wir zögern zwar, zu behaupten, dass der Misserfolg der bisherigen Benützung ein spezieller Misserfolg des Seipel-Kabinetts gewesen sei — aber auf all diese Bemühungen lag, obson doch Wien eine der grössten Städte Europas ist, ein Hauch des Kleinstädtischen, der ihnen nicht förderlich war. Die Mehrzahl der bisherigen Kabinettsmitglieder sprach ausserhalb des Deutschen keine der grossen Weltsprachen, obwohl die Wiener Bourgeoisie doch seit Jahrhunderten die sprachkundigste der Welt ist. Man darf solche Inponderabilien nicht unterschätzen. Man darf nicht unterschätzen, wie die romantische Eigenbrötlei und wie die unumgestandene Abneigung der Regierungsmänner gegen Wien, gegen die städtische Zivilisation und das allgemeine europäische Niveau überhaupt den österreichischen Staat drussen in der Welt isoliert hat. Auch in der Schweiz, deren Menschenschlag dem Oesterreicher doch so verwandt ist, schätzt man mit Recht die Pflege des Volkskundlichen und der Mundart sehr hoch ein. Trotzdem lassen die Reden Schweizer Staatsmänner niemals das Bewusstsein vermissen, dass ihnen ein Clemenceau oder ein Stresemann zuhört. Die Haab- und Motta denken und sprechen europäisch; sie werden nicht verführt von lokaler Rührsankeit, die lediglich über sich gerührt ist.

Erwartet man so von Streeruwitz die Erhebung der österreichischen Aussenpolitik auf eine allgemeine europäische Basis, so erwartet man nicht weniger in der Innenpolitik von ihm die Verteidigung städtischer Interessen gegenüber dem rücksichtslosen Kampfwillen der Provinz. Die Beseitigung des kanonischen Eherechts, die von Liberalen, Sozialdemokraten und Grossdeutschen gefordert wird, ist ein Interesse der städtischen und aufgeklärten Bevölkerung. Es ist klar, dass Streeruwitz als dem Vertreter der Christlichsozialen hierbei eine Hand gebunden ist. Was er mit der anderen Hand tun kann, bleibt abzuwarten. Ferner erwartet ganz Wien von einem städtisch gesonnenen Bundeskanzler die Abwehr des agrarischen Atlantens, die polnische und südslawische Grenze für die Vieheinfuhr sperren will. In nianchen dieser Innenfragen wird ein Bundeskanzler, der es ehrlich mit der städtischen Bevölkerung meint, auch gegen das eigene Lager zu fechten haben.

Alles das aber wird nutzlos sein, wenn dem neuen Manne nicht die dauernde Verständigung mit den 47 Prozent der österreichischen Gesamtbevölkerung gelingt, die sozialdemokratisch gewählt haben. Es darf nicht verschwiegen werden, dass grosse Teile der Arbeiterschaft dem Bundeskanzler Streeruwitz einstweilen mit Misstrauen gegenüberstehen, weil er aus dem Lager der Industrie kommt. Der „Schwarzenberg-Platz“, der Verband der Industriellen, hat nun einmal jene weise Gerk-

Vertical text on the left margin containing various small advertisements and notices.